



Putins Zynismus zeigt die Welt mut- und ratlos

Dr. Klaus Olshausen

September 2023

Zusammenfassung

Schon über zwei Monate seit seiner Aufkündigung des Getreideabkommens setzt Putin seine Drohung gegen zivile Schiffe – v.a. in die Ukraine – sowie seine Erpressung zur Aufhebung von wesentlichen Sanktionen fort. VN, NATO, EU auch Staaten des „Globalen Südens“ erscheinen mut- und ratlos, diesem eklatanten Verstoß gegen das Recht der Hohen See im Schwarzen Meer mit eigenen Maßnahmen entgegenzutreten. Es gilt, die Getreidetransporte wie zuvor durchzuführen, die Reeder hinsichtlich höherer Versicherungen zu unterstützen und die Drohung Russlands durch Geleitschiffe auf dem Weg durch das Schwarze Meer, möglichst auch mit Schiffen aus dem „Globalen Süden“, zurückzuweisen. Denn Putin wird trotz seines „Konflikts gegen den kollektiven Westen“ davor zurückschrecken, diesen wegen der Getreidetransporte mit letalen Mitteln zu eskalieren, sondern eher aus Eigeninteresse zum Getreideabkommen zurückkehren.

Denn Putin kann absehbar kein Interesse haben, seinen anhaltenden „Konflikt gegen den kollektiven Westen“ mit letalen militärischen Mitteln gegen einen oder mehrere NATO-Staaten oder Partner-Staaten zu eskalieren.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit fast zwei Monaten hat der Aggressor und Erpresser Putin im Schwarzen Meer die ganze Welt im Griff. Er hat keine Hemmung, die Erpressung der Welt für seine imperiale Aggression fortzusetzen. Das hat er mit seinen kaltschnäuzigen Aussagen beim Treffen mit Präsident Erdogan erneut unterstrichen: Entweder der "Westen" streicht wichtige Sanktionen oder ukrainisches Getreide und die Transportrouten werden weiter vernichtet und zerstört.

Die VN, NATO, EU und Mitgliedstaaten erscheinen mut- und ratlos, wie sie den Seeweg durch das Schwarze Meer ohne Einlenken Russlands offenhalten können – oder wollen. Die Länder des Globalen Süden, die zumeist die russische Aggression verurteilt und die Resolution zum Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine unterstützt haben, schweigen. Ja, sie begrüßen die "Getreidealmen" Putins und sind – wenn es nur um sie selbst geht – für die Aufhebung der Sanktionen. Dabei übersehen sie, dass Putin auch gestohlenes Getreide der Ukraine verkauft.

Und die Staaten des "Westens" mit ihren Partnern – anstatt das Recht der Hohen See zu verteidigen und Putin mit seinen Drohungen gegen die zivile Schifffahrt in die Schranken zu weisen – begnügen sich mit verbaler Verurteilung und der Suche und Nutzung von (unzureichenden) Ersatz-Transportwegen. Und statt Putin konsequent entgegenzutreten, schaffen sie jetzt einen inneren Konflikt über die ukrainischen Getreidelieferungen auf dem Landweg über die Anrainerstaaten.

Auch solche inneren Streitereien und Auseinandersetzungen mit der Ukraine sind ein weiteres Signal für Putin, dass es sich lohnt, an der Drohung im Schwarzen Meer festzuhalten.

Aber es geht um die Versorgung der Welt mit ukrainischem Getreide, wirtschaftliches Einkommen für die Ukraine, aber eben auch um die unverzichtbare Durchsetzung des Rechts der Hohen See gegen die zerstörende Macht des vermeintlich Stärkeren. Es kann nicht hingenommen werden, dass Russland oder andere Staaten wieder zu einer Politik der "Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte" selbst auf der Hohen See zurückkehren, wie sie der Staatstheoretiker Carl Schmitt vertreten hat.

Bisher lassen allerdings VN, NATO und EU sowie viele andere Staaten einen klaren Kurs vermissen, wie sie das Recht der Hohen See gegenüber dem zynischen Aggressor Putin durchsetzen wollen. Für die weitere Entwicklung ist es geboten, dass Drohungen oder gar Angriffe gegen die zivile Schifffahrt keinen Erfolg haben.

Was müssen die Weltgemeinschaft und NATO wie EU tun?

1. Die Erpressung Russlands ist zurückzuweisen. Der Schiffsverkehr, der im Rahmen der Vereinbarung über Getreidetransporte erfolgte, ist nach Art und Umfang wieder aufzunehmen. Bisher hat die Ukraine gerade einmal fünf Schiffe aus eigenen Häfen auf den Weg durch das Schwarze Meer gebracht und erst zwei Schiffe sind am 16. September in Häfen der Ukraine gelangt.
2. Die Drohungen gegen zivile Schiffe aus und in ukrainische Häfen sind als Bruch des internationalen Seerechts zu brandmarken.
3. Und jede Aktion Russlands gegen die friedliche Durchfahrt ziviler oder anderer Schiffe ist deshalb als feindseliger Akt gegen die Weltgemeinschaft einzuordnen, sowohl gegen das Schiff und dessen Besitzer als auch dem Land, in dem es akkreditiert ist.



4. VN, NATO, EU, OSZE sind gefordert, präventive Maßnahmen gegen die russische Bedrohung vorzubereiten und anzukündigen – eine Arbeit, die bereits seit Beginn der Getreidevereinbarung 2022 hätte erfolgen müssen. So kommunizierte Absichten hätten langwierige Verhandlungen zu kurzfristiger Verlängerung abkürzen oder gar erübrigen können.

Während Präsident Selenskyj auffordert, die Getreidetransporte über das Schwarze Meer wieder aufzunehmen – auch ohne die Zustimmung Putins – hüllen sich alle Akteure, die dazu beitragen können, in lautes Schweigen.

Anfang August hatten ca.170.000 t Getreide die ukrainischen Häfen verlassen und das Schwarze Meer passiert. Aussagen darüber, welche Versicherungsprämien angefallen sind und wer sie bezahlt bzw. abgesichert hat, liegen nicht vor. Ob und wer die Schiffe durch mögliche Minensperren gelotst hat, ist unbekannt. Von einer Begleitung mit Kriegsschiffen ist nichts verlautet, und auch über eine Absicherung durch Kräfte aus der Luft gibt es keine Hinweise.

Jetzt kommt es darauf an,

- + durch entsprechende Maßnahmen vielen Reedern mit Blick auf die Versicherungsprämien und den Schutz dieser Schiffe mit unterschiedlichen Mitteln die unternehmerische Entscheidung für den Einsatz ihrer Schiffe für die Transporte wieder zu ermöglichen.
- + Schiffsrouten durch die Hoheitsgewässer der Anrainerstaaten Ukraine, Rumänien, Bulgarien und der Türkei festzulegen, so dass jede Maßnahme Russlands oder gar ein Angriff nicht nur eine Verletzung des Seerechts gegenüber Schiff und Reeder ist, sondern auch gegen den/die Küstenstaaten.

Der (Geleit-)Schutz solch humanitärer Lieferungen von Getreide – v.a. für Afrika und Asien – durch Schiffe mit erforderlicher Bewaffnung, erfolgt im Rahmen des humanitären Völkerrechts. Soweit diese Schiffe nicht von Anrainerstaaten gestellt werden, sind die Bestimmungen des Montreux-Abkommens zu beachten und ist ihr Einsatz mit der Türkei abzustimmen. Der Schutz kann zusätzlich durch Minenabwehreinheiten unterstützt werden.

Die Schiffe können bei Ein- und Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer weiter durch Personal der VN, der Türkei und der Ukraine überprüft und entsprechend zertifiziert werden. Dabei kann auch russisches Personal der VN zum Einsatz kommen. So kann der zynischen Politik Putins begegnet und seine Erpressung ohne unkalkulierbares Risiko unterlaufen werden.

Denn Putin kann absehbar kein Interesse haben, seinen anhaltenden „Konflikt gegen den kollektiven Westen“ mit letalen militärischen Mitteln gegen einen oder mehrere NATO-Staaten oder Partner-Staaten zu eskalieren. Die Ukraine könnte mit dieser Unterstützung möglichst vieler Staaten die Getreidetransporte im zuvor erfolgten Umfang wieder aufnehmen bzw. fortsetzen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im *Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik*, Nr. 412, 18. September 2023, [defence.pdf \(behoerden-spiegel.de\)](http://www.behoerden-spiegel.de).



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen